



12 SCHRITTE GEGEN DIE KLIMAKRISE UND FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

Positionspapier

Die Klimakrise ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Umweltkrise, sondern auch um eine Krise der globalen Gerechtigkeit und unseres Wirtschaftssystems.

Die gefährliche fortschreitende Erderhitzung hat ihre Ursachen in der Industrialisierung, dem ungebremsen Ressourcenverbrauch und dem vom Menschen gemachten Treibhausgasausstoß.[1] Jene, die am wenigsten zur Aufheizung unseres Klimas beigetragen haben, leiden schon jetzt am meisten darunter.

Die Klimakrise ist schon jetzt Realität, sie bedroht das Leben und die Existenzgrundlagen von Milliarden von Menschen sowie das Überleben unzähliger Tier- und Pflanzenarten. Extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen, Dürreperioden, Stürme und Hagel sind auch zunehmend in Österreich spürbar, wo die Durchschnittstemperatur seit 1880 um etwa 2 °C angestiegen ist. Wenn wir nicht jetzt angemessene Maßnahmen ergreifen, die an den Ursachen ansetzen, ist bis 2100 weltweit ein Anstieg von 3 °C oder mehr zu erwarten.[2]

In der aktuellen Klimapolitik sind die bestehenden Maßnahmen bei Weitem unzureichend und gehen in die falsche Richtung. Es wird immer deutlicher, wie sehr Wirtschaftsinteressen die Verhandlungen beeinflussen. Viele der diskutierten Lösungsstrategien lenken von den Ursachen der Klimakrise ab und führen sogar zu größerer Ungerechtigkeit und Ungleichheit.

Wir sind Teil der kritischen österreichischen Zivilgesellschaft und der wachsenden weltweiten Klimagerechtigkeitsbewegung und stellen uns gegen gegen falsche Lösungen. Gemeinsam rufen wir unter dem Motto „System Change, not Climate Change!“ dazu auf, Lösungen, welche die Krise an den Wurzeln anpacken, zu entwickeln und umzusetzen.

WAS ES BRAUCHT

1) Verbindliche Zielsetzungen

Um die Erderhitzung auf höchstens 1,5 °C zu beschränken, braucht es dringend verbindliche und sanktionierbare Regelungen sowie klar definierte Grenzwerte für den Treibhausgasausstoß – und keine freiwilligen Versprechen. Dabei geht es nicht bloß um festgeschriebene Ziele, sondern die Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft: Jeder Bruchteil eines Grades Erhitzung zählt!

2) Erneuerbare Energie und Energiedemokratie

Es braucht einen schnellen Umstieg von fossilen zu erneuerbaren Energiequellen. Die Energieproduktion muss vorwiegend dezentral sowie öffentlich oder genossenschaftlich organisiert sein und die Mitbestimmung bzw. Kontrolle der Bürger:innen sicherstellen. Eine sozial gerechte Energiewende umfasst den Zugang zu leistbarer Energie für alle sowie eine substanzielle Reduktion unseres Energiekonsums. Das ist nur durch eine Umgestaltung unserer Produktions- und Lebensweise möglich.

3) Regionale Wirtschaftskreisläufe

Es braucht eine Wirtschaft der kurzen Wege und einen Umstieg von der Wegwerf- zur Reparaturgesellschaft. Um das zu erreichen, treten wir für die Förderung einer möglichst lokalen Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Produkten und Dienstleistungen ein, die sich an den Grundbedürfnissen der Menschen orientieren. Jene Güter und Dienstleistungen, die lokal produziert und konsumiert werden können, sollen auch lokal hergestellt werden. Jene Güter, die aus Effizienzgründen größere Unternehmenseinheiten erfordern (z. B. die Herstellung von Eisenbahnen oder Schienen), sollen auf kontinental-regionaler Ebene produziert werden. Ein Teil von Gütern und Dienstleistungen wird auch weiterhin global gehandelt werden, basierend auf den Prinzipien Solidarität und Subsidiarität. Handels- und Investitionsabkommen sind dahingehend zu ändern.

4) Ernährungssouveränität

Nahrung ist ein Menschenrecht. Es sollen jene Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren im Zentrum stehen, nicht die Agrarkonzerne und Supermärkte. Deshalb braucht es den Umbau des industrialisierten, exportorientierten Agrarsystems hin zu einer kleinstrukturierten, agrarökologischen und sozial gerechten Landwirtschaft. Ressourcenintensive und umweltschädliche Produktionsformen von tierischen Lebensmitteln müssen enden, damit Treibhausgasemissionen vermindert und zusätzliche Agrarflächen und Produktionsmittel für die Herstellung biologischer und gesunder Nahrung frei werden. Für den verbleibenden Fleischkonsum sind regionale Produktion, Fütterung mit regionalen Futtermitteln, höchste Tierhaltungsstandards und eine biologische Produktionsweise umzusetzen.

5) Öffentlicher und umweltschonender Verkehr

Wir benötigen eine umweltschonende und leistbare Mobilität. Dazu gehören ein gut ausgebauter und attraktiver öffentlicher Verkehr, die Förderung von Fahrrad- und Fußweginfrastruktur sowie die stärkere und sozial gerechte Besteuerung der auf fossilen Energieträgern beruhenden Transportmittel wie z. B. Flüge.[3] Der motorisierte Individualverkehr muss deutlich reduziert werden.[4]

6) Commons zurückerobern – gemeinsam nutzen, was uns allen gehört

Wir setzen uns für Gesellschaftssysteme ein, in denen wir lebensnotwendige Dinge als Gemeingüter teilen und gemeinsam über deren Nutzung entscheiden. Wasser, Saatgut, Land, Wälder, Seen, Rohstoffe, Luft, Wissen u. ä. sind als Gemeingüter zu behandeln. Diese, ebenso wie öffentliche Dienstleistungen, müssen wir vor Privatisierung schützen.

7) Arbeit, Zeit, Einkommen und Vermögen umverteilen

Kern einer sozial gerechten Antwort auf die Klimakrise muss eine radikale Umverteilung von Arbeit, Zeit, Einkommen und Vermögen sein. Die Umverteilung und Neudefinition von Arbeit ermöglicht die Verringerung von Arbeitslosigkeit und schafft mehr Zeit für Erholung, Sorge- und Gemeinwesenarbeit. Die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist eine wichtige Basis für die Sicherung der Existenz aller. Arbeit muss an die Herstellung gesellschaftlich notwendiger Güter und Dienstleistungen geknüpft werden. Statt in umweltschädlichen Bereichen müssen neue Arbeitsplätze in Sektoren einer klimafreundlichen Wirtschaft geschaffen werden (z. B. agrarökologische Landwirtschaft, Recycling, Gebäudesanierung, öffentlicher Verkehr, erneuerbare Energien, Pflege und Bildung).

9) Kein Weiter wie bisher

Wir treten gegen das Paradigma des unbegrenzten Wirtschaftswachstums ein und gegen ein Wirtschaftssystem, das auf fossilen Brennstoffen beruht. Es gilt zu verhindern, dass der Abbau fossiler Energieträger weiter forciert wird. Nur so kann der weiteren Erderhitzung Einhalt geboten werden. Ebenso stellen wir uns gegen Mega-Infrastrukturprojekte wie z. B. große Staudämme, Flughäfen, Autobahnen und die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft. Sie sind Teil des Problems und nicht der Lösung.

WAS ES ZU VERHINDERN GILT

Wir stellen uns gegen Antworten auf die Klimakrise, welche deren Ursachen unangetastet lassen und die Probleme nur weiter verschärfen. Bei den Wurzeln der Klimakrise anzusetzen heißt, die derzeit vorherrschende kapitalistische Produktions- und Lebensweise, die auf der Ausbeutung von Menschen und Natur, auf unendlichem Profit- und Wachstumsstreben sowie auf Konkurrenz beruht, zu überwinden. Diese Lebensweise ignoriert die physischen Grenzen unserer Erde. Eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich die Klimakrise nicht weiter verschärft, ist die Transformation unseres Wirtschaftssystems. Wir stellen uns daher gegen Lösungsvorschläge, welche dieses Wirtschaftssystem und seine Logiken vorantreiben.

8) Internationale Solidarität

Um die Erderhitzung aufzuhalten und die Folgen der Umweltschäden abzufedern, bedarf es zusätzlich der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel. Die industrialisierten Länder – und damit die historischen Verursacher der Klimakrise – müssen endlich ausreichende Entschädigungszahlungen an stärker von der Klimakrise betroffene Regionen leisten. Bisher versprochene Summen sind viel zu gering angesichts historischer Verantwortung und finanzieller Notwendigkeiten. Es braucht Gesellschaftssysteme, in denen das „gute Leben für alle“ im Zentrum steht und nicht die Profite weniger. Ein „gutes Leben für alle“ umfasst die Gerechtigkeit zwischen allen Menschen verschiedener Geschlechter, Herkunft, Hautfarben, Religionen und sexueller Orientierungen, jetzt und für zukünftige Generationen – sowie gegenüber dem Planeten und allen Lebewesen

10) Nein zur „Green Economy“

Es gilt jene Vorschläge zu verhindern, die dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem lediglich einen „grünen“ Anstrich verpassen oder vorgeben, mit marktbasieren und großteils freiwilligen Instrumenten das Klima retten zu können. Dazu zählen unter anderem der Emissionshandel und der CDM (Clean Development Mechanism) sowie Biodiversitäts-Offsetting – allesamt Instrumente, mit denen sich Unternehmen von ihrer Verantwortung für Emissionsausstoß und Naturzerstörung „freikaufen“ können. Dazu zählen auch Instrumente wie REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation), Climate Smart Agriculture oder Blue Carbon. Sie alle schaffen neue Profitmöglichkeiten für Konzerne und Finanzmärkte und verschärfen letztlich die Klimakrise. Wir stellen uns gegen die Finanzialisierung der Natur und Maßnahmen, welche die weltweite Dynamik des Land Grabblings verstärken. Zudem sind allein freiwillige, unverbindliche Standards unzureichend, um den tatsächlichen Problemen zu begegnen.[5]

11) Keine falsche Hoffnung auf rein technologische Lösungen

Neue Technologien können und werden Teil der Antworten auf den Klimawandel sein. Doch die Klimakrise wird sich nicht hauptsächlich technologisch lösen lassen. Auch darüber muss demokratisch entschieden werden, um das Vorantreiben höchst problematischer Technologien und Scheinlösungen wie Geo-Engineering, Gentechnik, Agrartreibstoffe, synthetische Biologie, Atomenergie oder Carbon Capture and Storage zu verhindern.[6]

12) Freihandel eingrenzen statt ausweiten

Das gegenwärtige Freihandels- und Investitionsregime befördert ebenfalls die Klimakrise. Viele derzeit und in den letzten Jahren verhandelte Abkommen schaffen vor allem für global agierende Konzerne mehr Rechte, führen zu vermehrtem Warenverkehr über große Distanzen und bergen die Gefahr des Abbaus von Umwelt- und Sozialstandards. Deshalb ist der Widerstand gegen diese Abkommen zugleich effektiver Klimaschutz.

WERDEN WIR AKTIV

Wir laden alle Akteur:innen in der Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft ein und fordern sie auf, sich für die Umsetzung der zwölf notwendigen Schritte einzusetzen. Viele Menschen und Gruppen arbeiten bereits aktiv auf unterschiedliche Art und Weise – auf lokaler, regionaler und globaler Ebene – an einem sozial-ökologischen Systemwandel. Dazu zählen die Solidarität mit Klima- und anderen Flüchtenden ebenso wie die Kämpfe gegen die Förderung von Kohle, Öl und Gas sowie sinnlose Megaprojekte, der Schutz von Wäldern, agrarökologisches Landwirtschaften, das Einfordern von Gleichberechtigung, das Vorantreiben von Fahrradverkehr und vieles mehr.

Denn die Klimakrise ist nicht nur ein Umweltproblem, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die es mit vereinten Kräften zu bewältigen gilt.

Gemeinsam wollen wir unsere Stärke nutzen und Druck aufbauen, damit die notwendigen Schritte so schnell wie möglich gemacht werden. Lasst uns den Einsatz gegen Klimawandel als Chance für Gerechtigkeit, Emanzipation und Demokratie erkennen.

Das Positionspapier wurde in der Anfangsphase von SCNCC 2015 gemeinsam von folgenden Organisationen entwickelt: Finance & Trade Watch, Attac, ÖBV - Via Campesina Austria, FIAN, Dreikönigsaktion - Hilfswerk der Katholischen Jungschar, Alternatiba. Es wurde Anfang 2022 geringfügig überarbeitet.

„System Change, not Climate Change!“ versteht sich als soziale Bewegung, bestehend aus einer Vielzahl von Aktivist:innen und Initiativen, die in Österreich zusammenarbeiten, um echte und solidarische Lösungen für die globale Klimakrise voranzutreiben.

www.systemchange-not-climatechange.at

